

Letland

Detlef Henning

Nach dem Einsturz eines Supermarkts in Riga am 21. November 2013, bei dem 54 Menschen den Tod fanden, übernahm Ministerpräsident Valdis Dombrovskis die politische Verantwortung und trat am 27. November von seinem Amt zurück. „Professor Zifferchen“, wie er im Volksmund genannt wurde, galt als Architekt des erfolgreichen Spar- und Reformkurses Lettlands, mit der die schwere Banken- und Finanzkrise des Landes (2008) überwunden wurde. Dombrovskis hatte das Land seit dem 12. März 2009 und damit länger als jeder seiner Amtsvorgänger seit Gründung der Republik Lettland 1918 regiert und galt in der skandalträchtigen lettischen Innenpolitik wegen seiner ruhigen Politikführung und Integrität als geachteter Politiker.

Die erfolgreiche Politik des Physikers und Wirtschaftsfachmann blieb auch zu Beginn des Jahres 2014 sichtbar. Die Gesamtwirtschaft wuchs im ersten Quartal mit 2,8% zwar langsamer als im Vorjahresvergleich (3,8%), dafür aber nachhaltig. Auch die Arbeitslosigkeit ging von 9,5% weiter auf 8,6% zurück, die Inflation lag bei 0,6%.¹ Die Einführung des Euro als 18. Mitgliedsland des Euroraums zum 1. Januar 2014 verlief reibungslos. Seit dem 15. Januar ist der Euro alleiniges Zahlungsmittel in Lettland.

Am 22. Januar 2014 wählte das Parlament mit Laimdota Straujuma zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine Frau zur Ministerpräsidentin. Die neue Koalitionsregierung wurde mit 64 von 100 Abgeordneten bestätigt. Neben den bisherigen Regierungsparteien, der bürgerlich-konservative Partei „Einheit“ („Vienotība“), der Reformpartei (RP) und der rechtskonservativen „Alles für Lettland – Für Vaterland und Freiheit/Lettlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung“ (VL-TB/LNNK) gehört ihr nun auch wieder der „Verband der Grünen und Bauern“ (ZZS) an.

In der ersten Jahreshälfte konzentrierte sich das öffentliche Interesse Lettlands auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014.² Europapolitische Themen spielten im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle, stattdessen dominierten die Ukraine-Krise und sicherheitspolitische Fragen. Bei einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung von 30% gewann die regierende „Einheit“ 46,2% der Stimmen und schickte mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Valdis Dombrovskis, der ehemaligen Außenministerin und EU-Kommissarin Sandra Kalniete, dem ehemaligen Außen- und Verteidigungsminister Artis Pabriks sowie dem ehemaligen Wirtschaftsminister Krisjanis Karins vier erfahrene Politiker nach Straßburg. Verluste musste das russisch orientierte „Harmoniezentrum“ (SC) hinnehmen und stellt mit 13% nur noch einen Abgeordneten, den gebürtigen Russen und Journalisten Andrej Mamikin. Ebenfalls je einen Abgeordneten entsenden die rechtskonservative lettische „Nationale Vereinigung“ (NA, 14,3%, Roberts Zile) sowie der „Verband der Grünen und Bauern“ (8,3%, Iveta Grigule). Das achte Mandat ging für „Lettlands

1 Die Zahlen beziehen sich auf das erste Quartal 2014. Quelle (Bank von Lettland): www.bank.lv/en/statistics/data-room/main-indicators/key-macroeconomic-indicators.

2 Das offizielle Wahlergebnis: www.ep2014.cvk.lv/index_rez.html?lang=1; Analyse: Norbert Beckmann-Dierkes/Martin Becker: Überwältigender Sieg und vier Sitze für die EVP, in: www.kas.de/lettland/de/publications/37864/.

russische Vereinigung“ (LKS, 6,4%) an Tatjana Ždanok, ehemalige russische Kommunistin und Teilnehmerin des gescheiterten Putsches 1991 gegen Gorbatschow, die sich als EU-Abgeordnete u.a. noch am 2. Mai 2014, kurz nach Ausbruch der Ukraine-Krise, auf einer Veranstaltung der prosovjetschen Organisation „Sutj vremenji“ („Wesen der Zeit“) für die Wiederherstellung der UdSSR ausgesprochen hatte.³

Auch der Wahlkampf für die bevorstehende Parlamentswahl am 4. Oktober 2014 steht im Zeichen der Ukrainekrise. Von besonderer Brisanz sorgen Umfragen, nach denen die prorussische Partei des „Harmoniezentrum“ (SC) in letzten Umfragen mit 21,1% der Stimmen in der Wählergunst vor der Regierungspartei der „Einheit“ (17,3%) liegt.⁴ Es dürfte schwierig werden, einen wiederholten Wahlsieger SC erneut von der Regierungsbildung auszuschließen. Man darf davon ausgehen, dass das Wahlergebnis in Lettland auch Putins Baltikumpolitik beeinflussen wird, ist das „Harmoniezentrum“ doch Kooperationspartner von Putins Partei „Einiges Russland“.

Außenpolitik und Minderheiten

Aufgrund der historischen Erfahrung mit der sowjetischen Okkupation 1940 und den Analogien in der Vorgehensweise Russlands bei der Annektierung der Krim im März und April wächst auch in Lettland die Besorgnis gegenüber Russland, dessen Baltikumpolitik seit Mitte der 1990er Jahre vier Merkmale kennzeichnen: die Leugnung der Okkupation 1940/44 (Russland spricht vielmehr von einer „Befreiung“ 1945) und der völkerrechtlichen Kontinuität der baltischen Staaten, Versuche der ökonomischen Einflussnahme in den Bereichen Energie, Banken und Immobilien sowie periodische Wirtschaftssanktionen, Verletzungen des baltischen Luftraumes und die Stationierung von Truppen entlang der baltischen EU-Ostgrenze, sowie Versuche, über Nichtregierungsorganisationen und politische Parteien die russischsprechenden Minderheiten (26,8% Russen, 3,4% Weißrussen, 2,4% Ukrainer) politisch zu instrumentalisieren.⁵

Ausdruck dieser wachsenden Besorgnis ist auch in Lettland der Wunsch, die NATO-Präsenz im Baltikum deutlich auszuweiten. Bisher hatten westliche NATO-Mitgliedstaaten nach dem Rotationsprinzip die Überwachung des baltischen Luftraums („NATO Mission Baltic Air Policing“) vom Luftwaffenstützpunkt in Siauliai (Litauen) und seit 2014 auch von Ämari (Estland) aus übernommen. Dort sind seit Ende August vier Eurofighter und rund 160 Soldaten der Bundeswehr stationiert. In Ainazi (Lettland) werden bisher lediglich die baltischen Bodentruppen ausgebildet und koordiniert. Auf ihrem Gipfel in Wales am 4. und 5. September 2014 kündigte die NATO zusätzlich die Umsetzung eines „Readiness Action Plans“ (RAP) an, der in den baltischen Staaten, Polen und Rumänien u.a. die Stationierung von Reaktionskräften (ca. 4.000 Mann), die Verbesserung der militärischen Infrastruktur sowie die Einrichtung von multinationalen NATO-Stützpunkten vorsieht (jeweils mit 300 bis 600 Mann). Damit will die NATO auf die wachsende Bedrohungslage auch in Lettland reagieren.⁶

3 Vgl.: Supporting the Restoration of the USSR, in: www.kandidatuzdelnas.lv/en/european-parliament-elections/candidates/tatjana-zdanoka.html. Ždanok wurde 2006 in Lettland das passive Wahlrecht aberkannt, die Rechtmäßigkeit wurde zuletzt vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Case of Ždanoka v. Latvia, Application no. 58278/00) bestätigt.

4 Daten des Umfrageinstituts Latvijas Fakti, Quelle: Wochenzeitschrift IR vom 28. August 2014, S. 4.

5 Einer Umfrage zufolge betrachten sich 63,8% der insgesamt 40,4% Nichtletten des Landes Lettland gegenüber als loyal (Umfrage der Agentur SKDS), hier nach: Diena vom 27. August 2014. Bevölkerungszahlen: www.pmlp.gov.lv.

6 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 31. August 2014 und FAZ vom 5. September 2014.